



Prof. Dr. Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin  
Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin wieder.

# Vier schlechte Jahre für den internationalen Klimaschutz

Der G7-Gipfel, den man eigentlich G6-Gipfel nennen müsste, hat ernüchternde Ergebnisse geliefert. Die USA wollen sich an vielen wichtigen Aufgaben, allen voran der Bekämpfung des Klimawandels, nicht mehr beteiligen. Zwar hat der US-amerikanische Präsident Donald Trump nicht sofort den Austritt aus dem Klimaabkommen verkündet. Aber seine bisherigen Taten lassen nichts Gutes für den Klimaschutz erwarten. Wie kein anderer Präsident vor ihm steht er für eine rückwärtsgewandte Energiepolitik, er torpediert jegliche Klimaschutzaktivitäten im eigenen Land. Seit Trump im Amt ist, regiert die fossile Energieindustrie die USA: Ein Anwalt der Öl- und Kohleindustrie leitet die US-Umweltbehörde. Der Energieminister leugnet den Klimawandel. Der Außenminister leitete einst einen Ölkonzern. Und auch der Innenminister sympathisiert mit der Gas-, Kohle- und Ölindustrie. Folgerichtig gibt es seit Trumps Amtsantritt im Januar 2017 auf der Website des Weißen Hauses keinen einzigen Treffer mehr zum Suchbegriff „climate change“. Stattdessen wird Trumps „America First Energy Plan“ angekündigt: Schluss mit dem „Climate Action Plan“ seines Vorgängers, Schluss mit den unnötigen Investitionen in erneuerbare Energien, den Hürden für das Fracking und dem Verbot, in der Arktis nach Öl zu bohren. Trump steht für das Comeback von Öl, Gas und Kohle. Er verspricht die Rückkehr zu den guten alten Zeiten, in denen die amerikanische Industrie unangreifbar schien. Mit den noch immer vorhandenen Öl-Ressourcen soll sich Amerika einen mächtigen Platz an der Weltwirtschaftsspitze sichern. Die Arbeitsplätze, die Trump versprochen hat, sind auch und gerade Arbeitsplätze in der fossilen Energiewirtschaft. Die Zahlungen für die UN-Klimaprogramme will er hingegen einstellen. Das erklärte Ziel: Die Re-Industrialisierung Amerikas.

Selbst dem zuversichtlichsten Optimisten ist inzwischen klar: Es gibt allen Grund zum Pessimismus. Eine der letzten Amtstaten von Präsident Barack Obama war es, einen Artikel im angesehenen wissenschaftlichen Wochenmagazin Science zu veröffentlichen. Darin wendet er sich explizit

an Trump und seine Regierung, erläutert Punkt für Punkt die globale Erwärmung und ihre Folgen, erinnert an die Notwendigkeit von globalem Klimaschutz und unterstreicht die wirtschaftlichen Chancen der erneuerbaren Energien. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Der scheidende US-Präsident nimmt sich in seiner allerletzten Woche im Weißen Haus die Zeit für einen Fachartikel und erklärt seinem Nachfolger den Klimawandel. Er wusste genau warum. Jetzt wissen wir es auch.

Auch wenn es bisher noch nicht so ausgesprochen wurde: Klimaschutz spielt für Trump keine Rolle. Im Gegenteil, aus Trumps Sicht behindert er das Comeback der fossilen Energien. Die anderen Staaten rücken nun näher zusammen und besinnen sich auf eigene Stärken. Beim G20-Treffen werden die neuen Allianzen noch sichtbarer werden. Die USA werden im weltpolitischen Gefüge unbedeutender werden. Für den Klimaschutz sind dies dennoch beunruhigende Zeiten. Der aktualisierte Film „Die unbequeme Wahrheit“, der jüngst bei den Filmfestspielen in Cannes vorgestellt wurde, macht die Dramatik des Klimawandels einmal mehr deutlich. Der Beinahe-US-Präsident Al Gore wird seit vielen Jahren nicht müde, auf die Gefahren eines ungebremsten Klimawandels hinzuweisen. Die Realität ist mittlerweile erschreckender, als man es je vorhergesehen hatte. Die Trump-Jahre werden in der Tat in vielerlei Hinsicht schreckliche Jahre für den internationalen Klimaschutz sein. Aber vielleicht sind es auch heilsame Jahre. Denn eines wird deutlich: Weder Klimaschutz noch eine nachhaltige Energiewende sind ausgemachte Sache. Alle sind gefordert, für einen aktiven Klimaschutz und eine Energiewende einzutreten. Trump steht für die Vergangenheit. Klimaschutz für die Zukunft. Alle Länder, die für eine nachhaltige Zukunft eintreten, werden enger zusammenrücken müssen. Dann gibt es eben G6- oder G19-Beschlüsse für den Klimaschutz. Die, die nicht mit der Zeit gehen, gehen mit der Zeit.



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
84. Jahrgang

#### Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Dr. Lukas Menkhoff  
Prof. Johanna Mollerstrom, Ph.D.  
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

#### Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann  
Dr. Wolf-Peter Schill

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Dr. Franziska Bremus  
Prof. Dr. Christian Dreger  
Sebastian Kollmann  
Markus Reiniger  
Mathilde Richter  
Miranda Siegel  
Dr. Alexander Zerrahn

#### Lektorat

Dr. Claus Michelsen

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74  
77649 Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. (01806) 14 00 50 25  
20 Cent pro Anruf  
ISSN 0012-1304  
ISSN 1860-8787 (Online)

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Serviceabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.